

## FDP belebt Rentendiskussion

Prof. Dr. Horst Bischoff, Stellv. Vorsitzender

Die FDP-Bundestagsfraktion hat mit Datum 12. Juni 2008 einen Antrag »Für ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West« vorgelegt.

»Der Bundestag wolle beschließen,« heißt es darin, und feststellen: »Fast zwei Jahrzehnte nach der Deutschen Einheit ist die Zeit gekommen, die Rentenberechnung in Deutschland einheitlich und nicht mehr getrennt nach Ost und West unterschiedlich durchzuführen. Das zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung angestrebte Ziel, nach einer Übergangsphase relativ rasch zu einem einheitlichen Rentensystem überzugehen, ist aus dem Blick geraten. Der Aufholprozess der Lohnstrukturen in den neuen Ländern und damit die Angleichung der Rechnungswerte in der Rentenversicherung werden im gegenwärtigen System noch unabsehbare Zeit andauern.

Die unterschiedliche Rentenberechnung führt bei Versicherten in Ost und West zu Unzufriedenheit. Die Rentner in den neuen Bundesländern verstehen nicht, warum der Rentenwert Ost, der wesentlich die Höhe der Renten bestimmt, 18 Jahre nach der Einheit um 12,1 Prozent unter dem Rentenwert West liegt – und auf weitere lange Zeit deutlich darunter liegen wird. Den Versicherten in den alten Ländern kann nicht erklärt werden, warum jeder in den neuen Ländern in die Rentenversicherung eingezahlte Euro aufgrund der Lohnhochwertung bei der Rentenberechnung auch in Zukunft zu einem höheren Rentenanspruch führen soll als in den alten Ländern. Denn auch in den alten Ländern gibt es Hoch- und Niedriglohngebiete. Die Überführung des Rentenrechts in ein einheitliches System muss jetzt erfolgen.«

Die Bundesregierung wird danach zur Vorlage eines Gesetzentwurfs aufgefordert, der nach Auffassung der FDP folgende Regelungen enthalten soll:

»1. Die Rechengrößen für die Rentenversicherung – Entgeltpunkte, Rentenwerte und Beitragsbemessungsgrenzen – in den alten und den neuen Bundesländern werden zum Stichtag 1. Juli 2010 in einheitliche Werte überführt. Ab dem Stichtag passen sich alle Renten im Bundesgebiet entsprechend der Entwicklung des einheitlichen Rentenwertes an. Jeder Euro Rentenbeitrag erbringt ab dem Stichtag im ganzen Bundesgebiet den gleichen Rentenanspruch.  
2. Alle zum Stichtag der Umstellung bestehenden Rentenansprüche bzw. Anwartschaften in

Ost und West bleiben in ihrem Wert erhalten. Die bisherigen Entgeltpunkte Ost und West werden in einheitliche Entgeltpunkte umgerechnet. Dabei behalten die Bestandsrentner und Beitragszahler in den neuen Ländern für bereits erworbene Entgeltpunkte die Vorteile, die ihnen aus der Lohnhochwertung zugewachsen sind.

3. Der ausstehende künftige Prozess einer Angleichung des Rentenwerts Ost an den Rentenwert West und die Hoffnung auf damit verbundene Rentensteigerungen wird in die Gegenwart vorgezogen und abgefunden. Künftig zu erwartende Rentensteigerungen werden dabei versicherungsmathematisch korrekt mit fünf Prozent jährlich abgezinst. Versicherte und Rentner mit Entgeltpunkte Ost erhalten im Rahmen der Angleichung der Rechenwerte eine Einmalzahlung. Diese orientiert sich an der Zahl der persönlichen Entgeltpunkte und der weiteren Lebenserwartung am Stichtag der Umstellung.

4. Die berechtigten Versicherten und Bestandsrentner erhalten bezüglich der Einmalzahlung ein Wahlrecht. Bestandsrentner und Versicherte, die am Stichtag 60 Jahre alt sind, haben dieses Wahlrecht zum Stichtag auszuüben. Versicherte, die am Stichtag jünger als 60 Jahre alt sind, üben das Wahlrecht jeweils mit Vollendung des 60. Lebensjahres aus. Bei fehlender expliziter Erklärung findet das einheitliche Rentenrecht Anwendung. Für Bestandsrentner und Versicherte, die gegen die Einmalzahlung optieren, wird die Rente für ihre Entgeltpunkte Ost nach der bis zum Stichtag geltenden Methode berechnet.«

Wir halten es für geboten, unsere Mitglieder auf diesem Wege weitgehend mit dem Text dieser Initiative vertraut zu machen. Dies umso mehr, als die Medien – egal, welcher Provenienz – nur verkürzte oder tendenzielle Berichterstattungen bieten, wenn überhaupt berichtet wird.

Wie immer man auch zu einzelnen Feststellungen und Regulierungsvorschlägen stehen mag: Vieles wird zu erläutern und zu diskutieren sein, wenn der Vorschlag tatsächlich im Bundestag eingebracht worden ist (gegenwärtig liegt uns nur die von der Fraktion verbreitete beabsichtigte Vorlage vor). Der Umstand allein aber, dass auch die Fraktion der FDP nach 18 Jahren nunmehr einen konkreten Schritt in Richtung eines einheitlichen Rentenrechtes in Ost und West gehen will, ist zu begrüßen.

Bekanntlich hatte die Fraktion der Partei DIE LINKE bereits vor Jahresfrist erneut Regelungen zu diesen Fragen vorgeschlagen, gefolgt von 17 weiteren Anträgen im Bundestag, um Regelungslücken bei der Rentenüberleitung zu schließen und nun endlich auch das unsägliche Rentenstrafrecht zu überwinden (BT – DS 16/7019 – 16/7035, vgl. dazu ISOR aktuell 12/07). Auf das weitere Schicksal dieser Vorschläge warten wir allerdings seit dieser Zeit gemeinsam mit anderen Rentnern voller Spannung. Leider ist es gegenwärtig darüber recht still geworden, was niemand von den Betroffenen so recht verstehen kann.

Wir begrüßen die Initiative der FDP-Bundestagsfraktion um so mehr, als Antworten zu Petitionen unserer Mitglieder in dieser Frage an die Parteien, Fraktionen und einzelne Abgeordnete der Großen Koalition sowie an den Petitionsausschuss des Bundestages bisherige Ungleichheiten in der Rentenregelungen Ost-West zwar sehr wohl feststellen, gelegentlich auch beklagen, weiterhin Spürbareres aber nicht getan wird. Man beschränkt sich darauf, bestehende Zustände zu beschreiben oder zu »begründen« und weicht wegen zur Lösung mit mehr (zumeist weniger) höflichen und wohlgesetzten Worten aus.

Wir bekräftigen unsere Erwartung an die Bundestagsfraktionen und die regierenden Parteien, ihrer Verantwortung zu entsprechen, parteiübergreifend Lösungen für längst überfällig gewordene Probleme zu finden und – wie das an der Rentenproblematik überdeutlich wird – das eben nicht nur zu bereden, sondern auch gesetzlich zu fixieren.

Vielelleicht gelingt es nun doch noch, den bisherigen Zustand zumindest aufzubrechen und Lösungen gesellschaftlicher Probleme durch die höchste Volksvertretung zu initiieren, statt stets steigend korrigierende Eingriffe der obersten Gerichte aufgrund von Klagen der Bürger und von Verbänden abzuwarten, die dann gesetzgebend auch noch irreführend oder verfälschend interpretiert werden (erinnert sei an das Debakel um § 6 AAÜG), weil sie parteipolitisch eben nicht gefallen oder in die Landschaft zu passen scheinen.

Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, käme eine konstruktive Zusammenarbeit der FDP mit der Fraktion der Partei DIE LINKE in dem Bemühen um Herstellung von Gleichheit und Wertneutralität im Rentenrecht zustande. Vernunft und gesunder Menschenverstand gebieten das eigentlich! Und uns, die Betroffenen, interessieren parteipolitische Logiken und taktische Überlegungen in einer für so viele Menschen existenzielle Fragen erst ganz zuletzt, wenn nicht sogar überhaupt nicht.

ISOR erklärt erneut die Bereitschaft, in jedem Fall an Lösungen konstruktiv und sachlich mitzuarbeiten. Die Vorschläge der Fraktionen der FDP und die der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag könnten dafür eine Grundlage bilden.

## Teilhabe der Älteren am gesellschaftlichen Leben ist kommunale Pflichtaufgabe

Von Heini Koch, Mihla

Das war die Hauptforderung des ersten Thüringischen Sozialgipfels, die von den über hundert Vertretern der wichtigsten Sozialverbände des Freistaates Thüringen, der Thüringer Landesseniorenenvertretung und Vertretern der Landtagsfraktionen, des Thüringer Städte- und Gemeindebundes sowie des Landkreistages Thüringens, der am 10. Juni 2008 in Erfurt stattgefunden hat, aufgestellt wurde.

Statt ältere Menschen auszugrenzen, sollten die Kommunen des Freistaates Thüringen verstärkt auf deren Wissen und Fähigkeiten zurückgreifen und deren Teilnahme am täglichen Leben stärker fördern...

Höchste Aktualität hatte auf der Konferenz auch das Thema Rente, nachdem die neue Sozialministerin Frau Liebknecht in der Beratung über ihren Vorstoß informierte, eine Bundesratsinitiative zur gesetzlichen Angleichung des Rentenwertes Ost an den im Westen zu bewirken.

Dazu sagte Günther Nickel, Landesvorsitzender des Seniorenverbandes Thüringen e.V.

BRH: »18 Jahre nach der deutschen Einheit ist es nicht mehr hinnehmbar, dass bei Löhnen, Gehältern und bei Renten Unterschiede zwischen Ost und West gemacht werden.« Erwartet werde ein zeitnahe Angleich des Rentenwertes, der in den neuen Ländern gegenwärtig noch zwölf Prozent niedriger als in Westdeutschland liegt.

Teilweise sei das Einkommen der älteren Generation auch in Thüringen so niedrig, dass keine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben mehr möglich ist, ergänzte Werner Schollek vom Sozialverband Deutschland. Eine höhere Wertschätzung der Lebensleistung älterer Menschen durch die Gesellschaft verlangte Claus Dieter Junker, Landesvize des Sozialverbandes VdK Hessen-Thüringen.

Der Landesvorsitzende der Volkssolidarität und Ex-Sozialminister Frank-Michael Pietzsch forderte eine rechtlich fixierte Seniorenenvertretung auf Ebene des Landes und der Kommunen.

In einer Erklärung forderten die Seniorenverbände ein breites Spektrum gesellschaftlicher Beteiligung der älteren Generation an politischen Entscheidungsprozessen und an Verwaltungsvorgängen. Dazu müsse die Alten- und Seniorenenarbeit den Charakter einer kommunalen Pflichtaufgabe erhalten und der Arbeit der Rentner als Stütze des Ehrenamtes höchste Priorität zuerkannt werden, zumal durch über ca. 3,5 Milliarden (!) Stunden ehrenamtlicher Arbeit derselben ein volkswirtschaftlicher Wert von ca. 41,3 Milliarden Euro geschaffen und die Älteren ihre Kinder und Enkel mit ca. 17 Milliarden Euro im Jahr unterstützen würden. Die Landtagsabgeordnete Margit Jung (Die LINKE) unterstützte die Forderungen der Verbände und kündigte an, dass ihre Fraktion nach der Sommerpause den Entwurf eines Seniorenmitwirkungsgesetzes im Thüringer Landtag einbringen wird.

Der SPD Landtagsabgeordnete Pilger forderte im Auftrag des Landesvorsitzenden der SPD, Christoph Matschie, auf der Konferenz von der Thüringischen Landeregierung erneut einen Bericht zur Finanzsituation der Senioren. Den Sozialgipfel nannte er einen wichtigen Schritt, um den Belangen der Thüringer Senioren ein stärkeres Gewicht in der Thüringer Politik zu geben. ■

## Sozialgipfel in Mecklenburg-Vorpommern

Von Manfred Jonischkies, Mitglied des Beirates

Die Überraschung war perfekt – nicht was er sagte, sondern dass er den Sozialgipfel am 19.06.08 eröffnete – der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern Harald Ringstorff. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Sozialverbände in M/V eine anerkannte und wirkungsvolle Arbeit leisten.

Der Sozialgipfel der Sozialverbände M/V stand unter dem Motto »Mit Menschen für Menschen – Solidarität leben« und beschäftigte sich mit der aktuellen Entwicklung in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Armut und Rente. In den Fachbeiträgen und der anschließenden Diskussion wurden folgende wesentliche Meinungen geäußert:

- Die bereits auf dem Sozialgipfel 2004 aufgezeigten Probleme sind keineswegs kleiner geworden – im Gegenteil.
- Sozialstaatliche Kriterien sinken zunehmend auf ein Niveau, in dem nur noch Leistungs- und Durchsetzungsfähigkeit eine Rolle spielen, Mithumanlichkeit aber auf der Strecke bleibt und Entsolidarisierung salonfähig gemacht wird.
- Prof. Dr. Kistler bewies in seinem einleitenden Vortrag, dass keineswegs die demographische Entwicklung, wie von vielen Politikern gebetsmäßig wiederholt, für die vorhandenen und sich verschärfenden sozialen Probleme in unserem Lande verantwortlich ist, sondern Arbeitslosig-

keit, Dumpinglöhne, Steuergeschenke für Konzerne, Verteilungsmechanismen zugunsten der Reichen u.a.m. die wahren Ursachen sind.

- Das Ausspielen in der öffentlichen Diskussion Jung gegen Alt, gesund gegen krank, Arbeitnehmer gegen Arbeitslose muss umgehend beendet werden. (Massive Kritik zu den Äußerungen vom ehem. Bundespräsidenten Herzog).
- Ungleiche Gesundheitschancen sind nicht unvermeidlich, sondern erfordern eine sachgemäße Gesundheitspolitik.
- Die Reform der Pflegeversicherung führt nur punktuell zu Verbesserungen, ist jedoch unzu-

reichend, da sie vordergründig auf Kostenneutralität ausgerichtet ist.

➤ Das nachweislich vorhandene Armutsrisiko bei vielen Menschen führt zur weiteren Spaltung der Gesellschaft. Das darf nicht hingenommen werden!

➤ Der Unterschied des Rentenwertes Ost zu West – ein unhaltbarer Zustand seit 18 Jahren – muss kurzzeitig beseitigt werden.

Was tun? Der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Winkler, brachte es auf den Punkt: »Bei aller Eigenständigkeit der Sozialverbände sollten wir zukünftig verstärkt gemeinsame Anliegen bündeln und gemeinsam für deren Durchsetzung kämpfen.« Das unterstützen auch wir – oder? ■

## Angleichung der Rentenwerte Ost an West jetzt – und nicht erst 2019

Von Heini Koch, Mihla

Der Vorschlag vom Bundesinfrastrukturminister Wolfgang Tiefensee (SPD) die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West erst 2019 vorzunehmen, empört viele Menschen im Osten Deutschlands. Mit Hunderttausenden Petitionen haben in den vergangenen Jahren die Rentnerinnen und Rentner aus dem Beitrittsgebiet immer wieder vom Deutschen Bundestag und der Bundesregierung ein Stufenprogramm

für die Anpassung der Rentenwerte und die Beseitigung aller anderen im Rentensystem der neuen Bundesländer noch bestehenden Ungerechtigkeiten gefordert. Der Deutsche Bundestag hat diese abschlägig beschieden, und die Bundesregierung hat darauf immer nur mit wohlwollenden Absichtserklärungen reagiert. Die Rentnerinnen und Rentner im Osten

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 3

## Aus der Arbeit des Vorstandes:

Nach den Arbeitskontakte in den Vormonaten, insbesondere zur Partei DIE LINKE, nahmen Vertreter des Vorstandes am 3. Juli auf Einladung am 1. Seniorenkongress der FDP-Bundestagsfraktion in Berlin teil. Thema des Kongresses: »Neue Wege – Neue Chancen. Freiheit kennt kein Alter«.

Die Veranstaltung wurde begrüßt von Dr. Guido Westerwelle, der in seinen Worten u.a. auch die Initiative der FDP zur Angleichung des Rentenrechts Ost / West begründete. Die Moderation der teilweise kontroversen Diskussion zu den Problemvorträgen hatte Frau Dr. Irmgard Schwatzer (Bundesministerin a.D.) übernommen.



Auf Wunsch des stellv. Fraktionsvorsitzenden der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin Rainer-Michael Lehmann kam es im Rahmen seiner Sommertour durch Berliner Vereine, soziale Einrichtungen und Beratungszentren, die sich auf verschiedene Art und Weise für die Bürger engagieren, zu einem konstruktiven Meinungsaustausch mit dem geschäftsführenden Vorstand von ISOR. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Initiative der Bundesfraktion der FDP zur Herstellung von Rentengerechtigkeit im Verhältnis von Ost – West. Es wurde vereinbart, den sachlichen und konstruktiven Dialog fortzusetzen. Herr Lehmann informierte sich über die Arbeit von ISOR. Da er zugleich Sprecher seiner Fraktion für Arbeit, Soziales, Migration und Frauen ist, wurden in der Beratung auch Versuche der Behinderung von Rentenberatungen durch einige Berliner Bezirksverordnetenversammlungen thematisiert und Standpunkte ausgetauscht.



Ein Vertreter des Vorstandes nahm am 3. Juli in Berlin auf Einladung der Bundestagsfraktion »Die Grünen« an einer öffentlichen Diskussion im Paul-Löbe-Haus mit Renate Künast, Prof. Dr. Rita Süßmuth und Prof. Dr. Gerhard Bosch zu Weiterbildungsfragen teil. Angesichts erheblicher struktureller und finanzieller Defizite in diesem Bereich beabsichtigt die Partei DIE GRÜNEN, die Stärkung der Weiterbildung zu einem zentralen Wahlkampfthema zu machen. Lebenslanges Lernen, auch im Seniorenalter, wurde dabei sowohl als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe als auch als eine Frage der Lebensqualität behandelt.



Horst Parton und Wolfgang Stuchly berichteten

auf der Vorstandssitzung am 30. Juli 08 von ihrer Teilnahme an Beratungen des Präsidiums des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden. Im Mittelpunkt standen Maßnahmen zur Erhöhung der Effektivität und Ausstrahlung des OKV sowie die konzeptionelle Vorbereitung von Aktivitäten des OKV zum 60. Jahrestag der Gründung der DDR und des 20. Jahrestages des Anschlusses der DDR an die BRD. Die Vertreter der Mitgliedsorganisationen versicherten ISOR ihre Unterstützung bei der geplanten Massenpetition zu den §§ 6 und 7 AAÜG.



Der Vorstand nahm einen Bericht von Rainer Rothe entgegen, wonach bisher bereits 21 Verfahren zum § 7 AAÜG wieder aufgenommen wurden. Sowohl bei den Gerichten als auch bei den Rentenversicherungsträgern wurde das vorliegende sozialwissenschaftliche Gutachten als Beweismittel vorgelegt.



Der Vorstand beschloss seine Arbeitsschwerpunkte für das II. Halbjahr 2008. Danach wird u. a. im September eine gemeinsame Beratung des Vorstandes mit dem Vorstand der TIG Leipzig stattfinden.

>>> Fortsetzung von Seite 2

## Angleichung der Rentenwerte ...

Deutschlands lassen sich das nun nicht mehr gefallen. Ihre Geduld ist zu Ende und die Vermutung, dass man auch in dieser Frage die biologische Lösung abwartet, nimmt immer mehr Gestalt an. Der Thüringer Seniorenverband e.V. (BRH) will, dass diese Angleichung zwanzig Jahre nach dem Mauerfall nicht weiter auf die lange Bank geschoben wird und fordert von den im Bundestag vertretenen Parteien und der Bundesregierung nun endlich die Lösung der Rentenfragen anzupacken und die Lebensleistungen ihrer Bürger auch in Ostdeutschland nun endlich angemessen zu berücksichtigen.

Der Ortsverband Erfurt des Thüringer Seniorenverbandes e.V. (BRH) ruft deshalb seine Mitglieder in Erfurt und Umgebung und darüber hinaus alle an der Lösung dieser Fragen interessierten Bürgerinnen und Bürger Erfurts auf, an einer entsprechenden Willensbekundung, die am Dienstag, dem 23. Oktober 2008, um 14.00 Uhr, in der Gartengästsstätte »Reseda«, Friedrich-Engels-Straße, stattfindet, teilzunehmen.

Der Bundesvorsitzende des BRH, Herr Dr. Herbert Bartsch, Mainz, wird auf dieser Versammlung über die »Soziale Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland« sprechen und erläutern, wie es um diese soziale Gerechtigkeit in Deutschland steht, welche Wegstrecke von uns dabei schon zurückgelegt wurde und bis zum Ziel noch zu bewältigen ist.



Zur Mitgliederversammlung der TIG Löbau am 26.06.08 konnten wir Dr. Rainer Rothe, der ihn durch drei Auftritte seit Bestehen unserer TIG recht vertraut ist, begrüßen. Er erläuterte uns auf der Grundlage der Beratung vom 21.05. insbesondere die rechtliche Situation, den Stand und die weiteren Aufgaben zu Herstellung voller Rentengerechtigkeit. Der Beifall zeigte, dass der Referent mit seinen sehr verständlichen Darlegungen und dem optimistischen Ausblick die Erwartungshaltung der Mitglieder erfüllte. In nachfolgenden Gesprächen wurde die Notwendigkeit der Untersetzung der rechtlichen mit weiteren politischen Aktivitäten und des solidarischen Zusammenhalts sowie die Gewinnung neuer Mitglieder betont. **Werner Triegel**



In der Güstrower TIG-Versammlung bekannten sich die Mitglieder zu den inhaltlichen Problemen der zentralen Informationsveranstaltung vom 21.05.08 in Berlin. Einhellig war die Auffassung, den juristischen Gang zum Bundesverfassungsgericht mit allen gebotenen Möglichkeiten rechtspolitisch zu begleiten. Im Streben nach Rentengerechtigkeit ist für uns, so die mehrheitliche Auffassung, jedes zulässige Mittel eine willkommene Positionierung gegen das

soziale Unrecht. Völlig unverständlich ist die Tatsache, dass nach fast 18 Jahren des DDR-Beitritts in das altbundesdeutsche Staatsgefüge das Gleichheitsgebot für ostdeutsche Bürger hartnäckig vom Gesetzgeber missachtet wird und sie somit sozialrechtlich ins Abseits gestellt werden. Es lässt das gewollte Diskriminieren, insbesondere nach der Grundsatzformulierung des Ex-Bundesjustizministers Kinkel schlüssig erkennen, der in arroganter Manier formulierte: »ich bau auf die deutsche Justiz. Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren.« Das ist ehrverletzend! Deshalb stellen wir uns notwendigerweise breitgefächert auf der Basis des Grundgesetzes im Sinne der Gerechtigkeit sachbezogener Auseinandersetzungen. In der Diskussion wurde erklärt, dass ISOR ein parteiunabhängiger Verbund mit einem stark ausgeprägten Gerechtigkeitswillen ist und fernab jeglicher Willkürbestrebungen sein Handeln nach staatsrechtlichen Prinzipien bestimmt. Dennoch wissen wir sehr wohl zu unterscheiden, welche Partei und Fraktion im Deutschen Bundestag sich für die Wahrnehmung unserer sozialen Rechte einsetzt. Auch unser Herz schlägt links! Geübte Solidarität ist Maßstab allen Handelns.

**Walter Krüger**



Anfang Juli in Prenzlau. Wieder einmal treffen sich in der uckermärkischen Kreisstadt der Prenzlauer TIG-Vorstand und TIG-Vorsitzende aus Angermünde, Eggesin, Schwedt und Templin zu einem Gedankenaustausch. Gast ist wie so oft in dieser Runde das ISOR-Vorstandsmitglied Horst Hartrampf, der aktuell über politische und juristische Schritte des Vorstandes informiert, gepaart mit gutem Rat für die Tätigkeit der TIG's.

Diesmal geht es um die nächsten Schritte nach der Beratung des Vorstandes und des Beirates mit den TIG-Vorsitzenden am 21. Mai in Berlin. Grundgedanken des sozial-wissenschaftlichen Gutachtens, das den Weg zu einem erneuten Gang nach Karlsruhe zum Bundesverfassungsgericht ebnen soll, stehen dabei im Mittelpunkt. Horst Hartrampf betont, das Hauptanliegen von ISOR sei es, mit politischen und juristischen Mitteln für Rentengerechtigkeit, gegen Rentenstrafrecht zu kämpfen. Daran knüpften sich Fragen an, z.B. die nach der Dauer des Kampfes und ob ein Erfolg in Sicht sei. Und auch Zweifel meldeten sich an, wird ein Gutachten, der Nachweis für neue rechtserhebliche Tatsachen, eine Grundlage für eine objektive höchstrichterliche Entscheidung sein? Horst Hartrampf wies in diesem Zusammenhang darauf hin, bisherige Erfolge in den vergangenen 16 Jahren nicht aus dem Blick zu verlieren, wenn auch der Weg zum Ziel noch recht langwierig sein sollte.

Im Monat September wird die Bundestagsabgeordnete Dr. Martina Bunge (Die Linke) auf Einladung der Prenzlauer TIG in der Kreisstadt erwartet. An dem Treffen werden ISOR-Mitglieder und Angehörige aus der Uckermark und dem Nachbarkreis Uecker-Randow teilnehmen.

**Benno Butschalowski**

★

Am 7.und 8. Juni fand zum 11. Mal die jährliche Zusammenkunft der Gruppe Machold (Mitglieder verschiedener TIG aus dem ehem. Bezirk Erfurt) mit Familienangehörigen statt. Neben dem Besuch des Planetariums in Jena und der Feengrotten in Saalfeld wurden aktuelle Themen diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht. Einstimmigkeit herrschte darüber, dass der Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts verstärkt fortgeführt werden muss. Die Gewinnung neuer Mitglieder, die Ausprägung der Solidarität sowie des Zusammengehörigkeitsgefühls waren weitere Themen. Gute Beispiele gibt es bei der Betreuung älterer Kampfgefährten bzw. von Hinterbliebenen. Alle Beteiligten sind sich darüber einig, dass ISOR als unsere Heimat – auch nach dem erfolgreichen Kampf gegen das Rentenstrafrecht fortbestehen wird.

**Horst Schuchardt**

★

Seit nunmehr 10 Jahren gehen Wanderfreudige der TIG Leipzig regelmäßig (einmal im Monat)

auf Tour. Angefangen hat es im Mai/Juni 1998 mit 14 Wanderfreunden, und heute können wir auf die stolze Zahl von 45 blicken, wobei die Altersstruktur von 63 bis 80 Jahren reicht. Die Teilnahme je Wanderung bewegt sich zwischen 72 % bis 89 %. Also, zum Wandern ist man nie zu alt, wenn der Kopf und die Beine noch mitmachen.

Bei Wanderstrecken zwischen 4 bis 8 km haben wir Naturwanderungen in der Umgebung von Leipzig, aber auch in Sachsen-Anhalt und Thüringen absolviert. Auf dem Programm standen auch Themenwanderungen und geführte Wanderungen. So im Leipziger Zoo oder in einem Biotop. Es ging hierbei darum, verstehen zu lernen beim Blick hinter die Kulissen, wie werden Tiere artengerecht gehalten und betreut, wie wird die Bergbaunachfolgelandschaft wieder in Kultur – und Erholungsgebiet umgewandelt. Im Biotop war Thema, wie verläuft praktisch der Prozess der Renaturierung. Jede Wanderung wird mit einem gemeinsamen Mittagessen abgeschlossen. Aber auch eine Wanderung mit zünftigem Picknick im Freien bei deftiger Verpflegung fand großen Anklang.

Den Abschluss eines Wanderjahres bildet jeweils eine Weihnachtsfeier in ansprechendem Ambiente, wo nochmals Resümee gezogen wird und die Wanderschwerpunkte für das kommende Jahr skizziert werden. Hier übersteigt meist die Teilnehmerzahl die Hundertprozentmarke; denn wir vergessen unsere Wanderfreunde nicht, die nicht mehr aktiv sein können.

Es ist nicht in Worte zu fassen, die Freude und Herzlichkeit der Teilnehmer bei den Wanderungen zu sehen. Man spürt hierin das Verlangen nach Gedankenaustausch und sich gemeinsam über etwas zu freuen. Es ist ebenso Ausdruck des Zusammengehörigkeitsgefühls und gibt uns Kraft unser gerechtes Ziel zu erreichen.

**Reinhold Behrends**

★

Im Mai und September des Jahres 1995 organisierte die TIG Dresden je eine Rentnerreise nach Stare Mesto im Altvatergebirge. Ausgangspunkt war der »Hilferuf« eines tschechischen Freundes der Familie Peter und Ingrid Müller, der nach seinem Ausscheiden aus den Sicherheitsorganen ein ehemaliges Ferienheim des MdI gepachtet, aber keine Gäste hatte. Wir nutzten diese Gelegenheit, boten unseren Rentnern diese preiswerte 5-Tage-Reise an und fanden viele Interessenten. Leider mussten Tonda und Janka Ende 1995 das Heim aufgeben, da sie trotz unserer Unterstützung die Pacht nicht mehr aufbringen konnten. So fanden unsere Rentnerfahrten ziemlich schnell ein Ende.

Das Interesse unserer Mitglieder an diesen gemeinsamen Reisen war inzwischen so groß, dass sie immer wieder baten, nach anderen Möglichkeiten zu suchen. Schließlich machte sich Peter Müller im Sommer 1997 auf die Su-

che. Dank seiner Initiative und zur Freude unserer Mitglieder konnten wir im Oktober 1997 unsere Rentnerreisen wieder aufnehmen. Ein Glücksfall dabei war unsere tschechische Reiseleiterin Marta. Zwischen ihr und unseren Mitgliedern entstand sehr schnell ein herzlicher Kontakt, der sich in den 12 Jahren unserer Zusammenwirkens zu einem echten freundschaftlichen Verhältnis entwickelte.

Im Verlauf der vergangenen 13 Jahre führten wir 26 Fahrten und eine Sonderfahrt mit insgesamt 1.117 ISOR-Mitgliedern und ihren Angehörigen in unser tschechisches Nachbarland, u.a. nach Spindleruv Mlyn, Harrachov, Vrchlabí, Jablonec, in das Bäderdreieck, in die Böhmischa Schweiz. Die jeweils fünf Tage waren ausgefüllt mit großen und kleinen Wanderungen oder Spaziergängen in der näheren Umgebung, je nach körperlicher Beschaffenheit unserer Mitglieder; Ausfahrten mit tschechischen Busunternehmen in die weitere Umgebung, Besuch von Museen und weiteren Sehenswürdigkeiten.

Altersmäßige und gesundheitliche Gründe, aber auch die steigenden Preise haben uns jetzt veranlasst, mit der 26. Fahrt die Reisetätigkeit zu beenden.

Aufgaben werden wir trotzdem nicht restlos sondern beabsichtigen, jährlich eine Tagesfahrt in die schönsten Gegenden unserer Heimat durchzuführen. Die erste Tagesfahrt ist bereits für September 2008 geplant, da geht es rund um die Lausitz. Auch die monatlichen Wanderungen in die nähere und weitere Umgebung Dresdens – 2001 von Erika Vetter angeregt – werden weiterhin durchgeführt.

Blicken wir zurück auf diese gemeinsamen Fahrten, können wir mit großer Freude sagen, es waren für alle Teilnehmer unvergessliche Erlebnisse, die uns, und das ist das wichtigste, enger zusammenrücken ließen. Ich möchte allen Beteiligten, die zum Gelingen dieser Fahrten beigetragen haben, herzlich danken. Unser besonderer Dank gilt unserer Marta Kovárikova und Peter Müller. Die schönen gemeinsamen Stunden haben den Zusammenhalt unserer Mitglieder gefestigt und ihnen die Kraft gegeben, unseren gemeinsamen Kampf um Rentengerechtigkeit bis zum erfolgreichen Ende fortzusetzen.

**Charlotte Staudte**

## 8. Altmarkweites Treffen

Am 18.10.2008, 13.00 Uhr findet unsere 8. altmarkweite ISOR-Veranstaltung der TIG Gardelegen, Klötze, Salzwedel, Stendal und Tangerhütte in 29416 Jeggeleben – Landkreis Salzwedel – Gaststätte »Feine Sache« statt.

Teilnahmemeldungen bitte bis 30.09.2008 an Günter Schuldes 03901-34252 oder Horst Hannaske 03931-219542.

Alle Freunde und Interessenten sind herzlich eingeladen.

**Vorstand TIG Salzwedel**

**Bei anderen gelesen:**

»Aktiv im Ruhestand«, die Monatszeitschrift des BRH, meldet in der Ausgabe Juli/August 2008:

»(Ba) Der Hauptvorstand des dbb (Deutscher Beamtenbund – d.Red.) fordert die Angleichung des Rentenwerts Ost an den allgemeinen Rentenwert. Auf seiner Jahrestagung in Hannover hat der dbb Bundeshauptvorstand folgenden Beschluss gefasst:

*›Der dbb fordert im achtzehnten Jahr der Wiedererlangung der deutschen Einheit eine zügige Anpassung des allgemeinen Rentenwerts (Ost) an den in den alten Bundesländern geltenden allgemeinen Rentenwert. Die Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern erwarten zu Recht eine Perspektive, innerhalb derer die deutsche Einheit auch im Rentenrecht erreicht wird.*

*Darüber hinaus fordert der dbb Verbesserungen in der Altersversorgung für bestimmte Betroffene in den neuen Bundesländern, die von den rentenrechtlichen Übergangsregelungen besonders betroffen sind. Hierzu zählen die ehemaligen Beschäftigten des Gesundheitswesen als auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nach der Wende übernommen worden sind und die geringere Altersbezüge erzielen als negativ evaluierte Berufskollegen, die nicht wettbewerbsfähig wurden.«*

Damit hat sich der dbb-Bundeshauptvorstand den langjährigen Bemühungen des BRH in vollem Umfang und bis in einzelne Formulierungen hinein angeschlossen. Die dbb-Landesbünde in den neuen Bundesländern sind aufgerufen, alles in ihren Kräften Stehende zutun, um diesen Beschluss umzusetzen. Wenn er mit dem nötigen Nachdruck vertreten wird, dann wird ihn die Politik nicht überhören können.«

**Aus der Postmappe:**

Güstrow ist empört über die praktizierten pseudonymen Zuschriften an Politiker, Regierungsvertreter, Staatsorgane, Petitionsausschüsse u.a. des Bundestages. Bei allem Frust gegen rentenrechtliche Strafmaßnahmen sind Anwürfe und Beschimpfungen aller Couleur ein Zeugnis niedrigen Niveaus im bürgerlichen Umgang und bilden keine Form staatsrechtlicher Handlungsweisen. Briefschreiber und Petenten sollten mit Klarem Kopf und sachlicher Aussage ihr Anliegen an den Adressaten formulieren und sich mit vollem Namen und Adresse zu erkennen geben.

Gute Umgangsformen auch mit Andersdenkenden und politisch Verantwortlichen sind unverkennbare Stärken in unserem Kampf für soziale Gerechtigkeit. Deshalb distanzieren wir Güstrower uns von den Handlungen solcher niueaulosen Briefschreiber. Unsere bisher erreichten Erfolge der ISOR beruhen eben auf Seriosität, Anstand, Rechtmäßigkeit, Sachlichkeit und Solidarität. Daran halten wir weiterhin unumwunden und diszipliniert ist. **Walter Krüger**



In Pfaffroda-Schönenfeld im Erzgebirge ist ein Museum zur Geschichte der Deutschen Volkspolizei entstanden. Dies ist bestimmt für manchen ehemaligen Volkspolizisten und Mitarbeiter des Mdl eine gute Nachricht.

Wer zu Besuch oder Urlaub ins Erzgebirge fährt, sollte einen Besuch einplanen. Gruppenführungen sind auch möglich. Das Museum wird privat betrieben, deshalb ist vorherige Anmeldung erforderlich.

Vielleicht hat mancher auch noch Exponate, die er dem Museum vermachen will.

Bei Bedarf gibt es im Ort auch Übernachtungsmöglichkeiten.

Ansprechperson: Klaus-Dieter Erber  
Schönfelder Str. 12, 09526 Pfaffroda-Schönenfeld  
Tel./Fax: 037360-6146 – Handy: 0151 17249414  
E-Mail: klaus-dieter.erber@gmx.de

**Werner Feigel**

**Auf dem Büchermarkt:**

Streitschriften von Horst Schneider:

**Gruselstory Checkpoint Charly**

Die Frau vom Checkpoint Charly – leidvolle Wahrheit oder Lügengeschichte?

Erschienen im Verlag Wiljo Heinen, Böklund  
Rote Taschenbücher Band 4; 5 EURO  
ISBN 978-3-939828-22-8

**Hysterische Historiker**

Die Totalitarismus-Doktrin klittert grundlegende Tatsachen ... Sie ist keine Wissenschaft sondern Apologie [...] Die Totalitarismus-Doktrin bedient die Interessen einer herrschenden Minorität ...

Erschienen im Verlag Wiljo Heinen, Böklund  
Taschenbuch 304 Seiten, 12 EURO  
ISBN 978-3-939828-14-3

**Impressum**

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

**Redaktionsschluss:** 30.07.2008

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 27.08.2008

**Einstellung im Internet:** 05.09.2008

**Auslieferung:** 11.09.2008

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 – Sekretariat

29 78 43 16 – Geschäftsführer

29 78 43 17 – AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

**Postanschrift:** ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

**e-mail:** ISOR-Berlin@t-online.de

**internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

**Sprechstunden der AG Recht:**

Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr